

Kap 5. Ein Spiel mit der Angst - das Märchen von der Gefährdung des Standortes

Die Seitennummerierung ist identisch mit jener in der Buchveröffentlichung

5. Ein Spiel mit der Angst - das Märchen von der Gefährdung des Standortes

Den Wirtschaftsliberalen in der Bundesrepublik¹ ist es gelungen, den »Standort Deutschland« als ein zentrales Problem im öffentlichen Bewußtsein zu etablieren. Mit der Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts ist dessen Attraktivität für Kapitalanleger und die Verkäuflichkeit der an ihm hergestellten Produkte auf dem Weltmarkt gemeint. Die große Aufmerksamkeit und Besorgnis für dieses Problem in der breiten Öffentlichkeit verdankt sich der Befürchtung, mit einer Verschlechterung des Standorts Deutschland seien Beschäftigung und soziale Sicherheit noch weiter gefährdet. Die Legitimationsfigur »Standort Deutschland« selektiert, gewichtet und verformt nahezu alle öffentlichen Angelegenheiten. Ob ein gesundheitliches, soziales, rechtliches oder auch außenpolitisches Problem die Chance hat, in der politischen Arena thematisiert zu werden, entscheidet sich nicht zuletzt an den voraussichtlichen ökonomischen Folgen für den Standort Deutschland.

Die Standort-Deutschland-Rhetorik erlaubt ihren Vertretern, nicht frontal gegen den Sozialstaat argumentieren zu müssen. Es gehe, so heißt es, nicht um dessen Abbau, sondern allein um seine Anpassung (»Umbau«) an die ökonomischen Herausforderungen. Angesichts der harten Weltmarktkonkurrenz führten die vom Sozi-

¹ Die wirtschaftsliberale Ideologie in ihren populären Erscheinungsformen hat derzeit eine solche Hegemonie, daß sie nicht allein der FDP und (mit Abstrichen) der CDU vorbehalten ist. Zumindest Elemente (z.B. die umstandslose Gleichsetzung von niedrigen Lohnkosten und »schlankem Staat« mit einer gesunden Wirtschaft) werden auch von Oppositionsparteien und Gewerkschaften propagiert. Häufig versuchen selbst Gegner der antisozialstaatlichen Politik ihre Opposition mit »angebotstheoretischen« Versatzstücken zu legitimieren.

alstaat ausgehenden Gefährdungen für die Wirtschaft zu einer Bedrohung der Arbeitsplätze und damit nicht zuletzt des Sozialstaats, die weit schlimmere Folgen nach sich zöge als die aktuell zur ihrer Abwendung notwendigen Einschnitte. Die Ängste der Menschen vor Arbeitslosigkeit und ihre soziale Unsicherheit werden so zum Stachel für die Mobilisierung gegen den Sozialstaat.

Angesichts dieses bedrohlichen Szenarios setzen die Standort-Theoretiker auf unbedingtes Wachstum. Wachstum allein sichere Beschäftigung und damit wirtschaftliches Auskommen für die Masse der Bevölkerung. Als Voraussetzung für ein stetes Wachstum gilt ein gutes Investitionsklima. Die für unseren Zusammenhang wichtigsten Forderungen für die Förderung des Investitionsklimas sind:

- Die Löhne müssen sinken, und zwar sowohl die individuell ausgezahlten als auch die im Staatshaushalt und in den Sozialversicherungen zentralisierten, über Steuern und Beiträge eingesammelten Bestandteile.
- Die staatliche Regulierung ist zugunsten unternehmerischer Befähigungsfreiheit abzubauen.
- Würden diese Imperative ignoriert, so argumentieren neoliberale Ökonomen, bedrohten die Mechanismen des Weltmarktes - Stichwort Globalisierung - den Standort Deutschland: Kapital und Arbeitsplätze würden exportiert, eine Konsequenz, die durch Politiker nicht beeinflußt und damit auch nicht beantwortet werden kann.

Für die Gesundheitspolitik ziehen die Standort-Theoretiker folgende Schlüsse: Die Beiträge zur GKV seien Teil einer permanent steigenden Abgabenlast der Wirtschaft. Sie verteuerten den Faktor Arbeit, trieben damit die Kosten deutscher Produkte auf dem Weltmarkt in die Höhe und setzten die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland aufs Spiel. Weitere Arbeitslosigkeit, Wachstumsverluste, Steuermindereinnahmen usw. seien die Folge. Damit, so die Verfechter der Standort-These, werde letztlich auch der Sozialstaat und die GKV stärker bedroht, als dies bei den jetzt erforderlichen Kürzungen der Fall ist.¹

¹ Ein wenig beachteter, gleichwohl aber sehr gravierender gesundheitspolitischer

Um diese Entwicklung zu vermeiden, werden Empfehlungen aufgegriffen, die Wirtschaftsliberale verschiedenster politischer Schattierungen seit vielen Jahrzehnten verfechten: Die Gesundheitsausgaben dürfen demnach nicht länger nur über Beiträge zur Sozialversicherung finanziert werden, sondern der einzelne muß sich über private Vorsorge absichern. Diese könne bei gut verdienenden Arbeitnehmern mit durchschnittlichen Krankheitsrisiken die Form der privaten Vollversicherung annehmen, bei anderen könnten zur Grundsicherung der GKV private Zusatzversicherungen hinzutreten; insgesamt müsse der Anteil der privaten Zuzahlungen steigen.

Überprüft an den Erfolgsindikatoren der Standort-Theoretiker zeigt der Standort Deutschland eine erstaunlich positive Entwicklung. Dennoch bestätigen sich einige Annahmen nicht:

- Trotz stetigen Wachstums hat sich die Arbeitslosenzahl vervielfacht.
- Die Ausgabenentwicklung der GKV als Bestandteil der Lohnkosten hat keine realen Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Wachstum ohne Arbeit

Die Statistik zeigt, daß sich die Bedingungen aus der Sicht der Angebotstheorie seit Anfang der 80er Jahre permanent verbessern. Es bestehen - auch im internationalen Vergleich - hervorragende Verwertungs- bzw. Angebotsbedingungen. Dies gilt mit der Ausnahme fehlender Binnennachfrage, die durch fehlende Beschäftigung und Steuerpolitik stark geschwächt wurde. Fast alles, was seit Jahren eingefordert wird, vor allem niedrigere Lohnkosten und Steuern auf Gewinne, Vermögen und hohe Arbeitseinkommen, ist längst ver-

Punkt muß hinzugefügt werden: Im Kontext neoliberaler Makrosteuerung nehmen alle Instrumente zur Steuerung des Anbieterverhaltens, seien es Geld, Recht, professionelle Normen und Ethik oder Expertise, den Charakter von Hebeln an, die dafür sorgen, daß diese Imperative der wirtschaftlichen Umverteilung und sozialen Polarisierung schließlich auch am Krankenbett und in der Arztpraxis gegenüber den Patienten exekutiert werden.

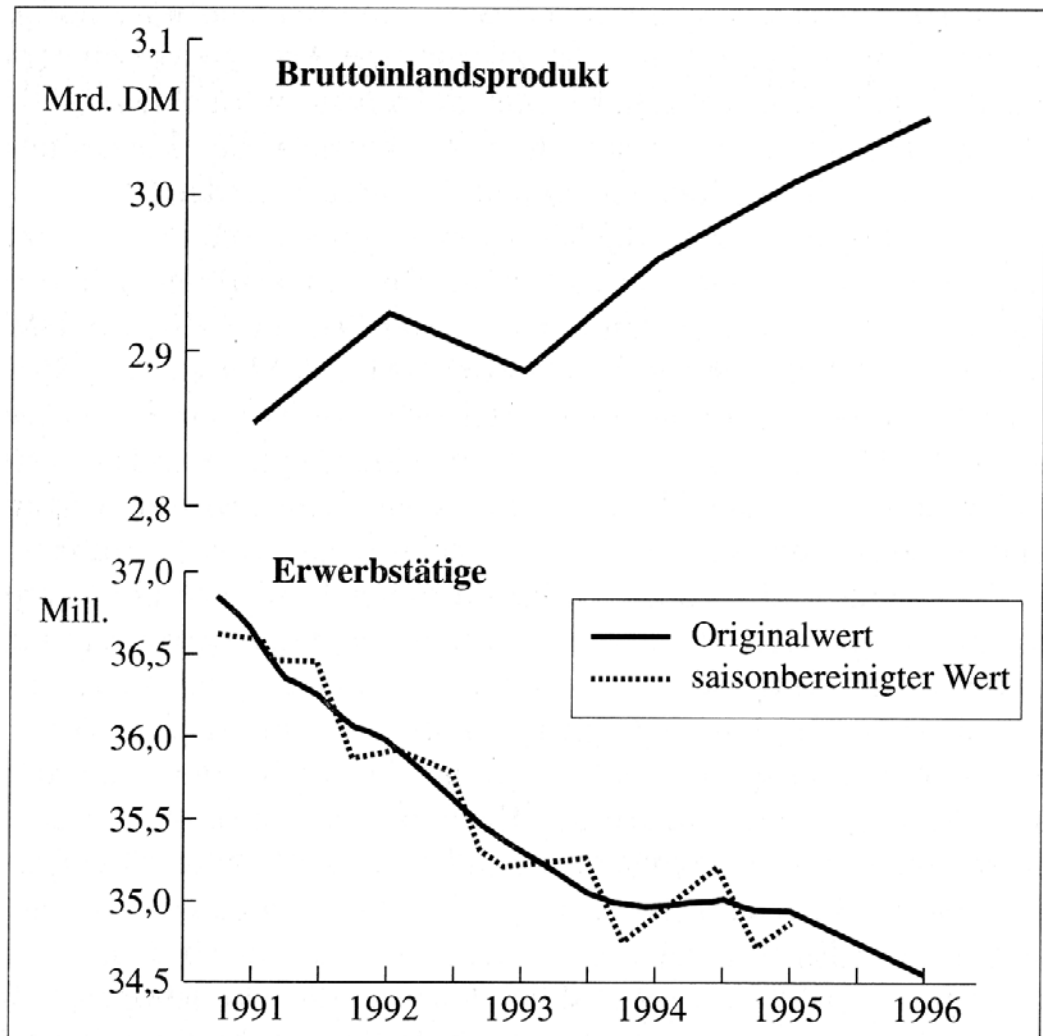


Abbildung 5.1
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM) in Preisen von 1991 und Erwerbstätige (Mio.) im Inland (Deutschland)

Quelle: Jahresgutachten 1997/98 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache 13/9090

wirklicht. Aber die Beschäftigungskrise und ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind heute größer denn je. Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit liegt die tatsächliche Unterbeschäftigung bei bereits knapp 8 Mio. Wenn sich das Defizit an Arbeitsplätzen aber bereits bei Wachstum erhöht, wieviel mehr Wachstum

durch autonome Investitionen privater Unternehmen wäre nötig, um auch nur die versprochene Halbierung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen? Und wieviel höher muß die private autonome Investitionsquote noch zusätzlich sein, wenn die kursierenden Vorstellungen vom »schlanken Staat« noch weiter realisiert werden?

Die Abbildung 5.1 zeigt die Wachstumsraten der Bundesrepublik. Die Wirtschaft wächst, der materielle Reichtum erhöht sich von Jahr zu Jahr. Das Bruttoinlandsprodukt war 1995 um 137,0 Mrd. DM höher als 1994 und 1996 war es etwa 83,6 Mrd. DM höher als 1995. Es gab also jedes Jahr mehr zu verteilen als im Vorjahr. Selbst bei einem Null-Wachstum müßte in den einzelnen Budgets und auf den Lohn- und Gehaltsabrechnungen ebensoviel stehen wie im Vorjahr. Hätte sich 1996 das Volkseinkommen noch genauso auf Nettolöhne, Nettogewinne und Staatseinnahmen verteilen lassen wie 1980, wäre die Lohnsumme um 190,4 Mrd. DM höher und die Gewinnsumme um 170 Mrd. DM niedriger ausgefallen, während die Staatsausgaben um 20,7 Mrd. geringer gewesen wären (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1997: 35). Die »leeren Kassen« sind also kein Naturereignis, sondern das Ergebnis von Umverteilungsprozessen zugunsten der Gewinne und zu Lasten der Löhne. Diese Entwicklung ist durch eine Steuerpolitik des Staates zugunsten der Bezieher hoher Einkommen sehr weitgehend verstärkt worden.

Es gehört zu den wirtschaftsliberalen Grundüberzeugungen, daß Ungleichverteilung dem Wachstum förderlich sei. Wie die *Tabelle 5.1* zeigt, sank der Anteil der Bruttolöhne und -gehälter am BSP (Bruttolohnquote) in Westdeutschland von ca. 76 % Anfang der 80er Jahre auf rund 70 % in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Wird die Bruttolohnquote so errechnet, als sei der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen gleich geblieben, dann geht sie noch drastischer von 72 % auf 65 % zurück. Es zeigt sich hier auch die Unsinnigkeit des Begriffes »Lohnnebenkosten«. Neben diesem sinkenden Lohnanteil gibt es keine »Nebenkosten« mehr, sondern es sind hier bereits alle Lohnbestandteile, einschließlich des Arbeitgeberbeitrages zur Sozialversicherung, enthalten.

Im gleichen Zeitraum steigen die gesamtwirtschaftlichen privaten Brutto- und Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und

Tabelle 5.1

Bruttolohnquote und Arbeitnehmerquote 1960 bis 1996				
Jahr	Tatsächliche Brutto-	Arbeitnehmerquote"		Strukturbereinigte
	lohnquote			Bruttolohnquote '
	v.H.	v.H.	Index	v.H.
- alte Bundesländer -				
1960	60,1	77,2	92,5	65,0
1965	65,3	80,9	97,0	67,3
1970	68,0	83,4	100,0	68,0
1975	74,1	86,0	103,2	71,9
1980	75,8	88,3	105,9	71,6
1981	76,8	88,4	106,0	72,4
1982	76,9	88,5	106,0	72,5
1983	74,6	88,4	106,0	70,4
1984	73,4	88,5	106,1	69,2
1985	73,0	88,6	106,2	68,7
1986	72,1	88,7	106,3	68,8
1987	72,6	88,9	106,6	68,1
1988	71,5	89,0	106,7	67,0
1989	70,3	89,2	106,9	65,8
1990	69,6	89,4	107,2	64,9
1991	69,6	89,5	107,3	64,9
1992	70,8	89,6	107,4	65,9
1993 ⁵	71,8	89,4	107,2	67,0
1994 ⁵	70,1	89,2	107,0	65,5
1995 ⁶	-	89,1	106,8	-
1996 ^{1. Hj.} ⁶	-	88,9	106,6	-

Tabelle 5.1

Bruttolohnquote und Arbeitnehmerquote 1960 bis 1996				
Jahr	Tatsächliche Brutto- lohnquote ¹	Arbeitnehmerquote		Strukturbereinigte Bruttolohnquote ³
	v.H.	v.H.	Index ⁴	v.H.
- alte und neue Bundesländer -				
1991	72,5	90,6	100,0	72,5
1992	73,6	90,3	99,7	73,8
1993 ⁶	74,2	90,0	99,3	73,5
1994 ⁶	72,8	89,7	99,0	73,5
1995 ⁶	71,6	89,6	98,9	72,4
1996 ⁶	69,0	89,4	98,7	69,9
<p>1 Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit im Volkseinkommen. 2 Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inländer). 3 Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigtenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 bzw. 1991 wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. 4 Für die alten Bundesländer 1970 = 100. 5 Vorläufiges Ergebnis. Stand Mai 1995, ab 1995 nicht mehr nachgewiesen. 6 Vorläufiges Ergebnis. Stand September 1996.</p>				

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). - Berechnungen des WSI. Zit. nach: Schäfer (1996)

Vermögen (Tabelle 5.2). Die jährlichen Steigerungsraten netto liegen fast durchgängig über den Bruttosteigerungen, das spiegelt die permanent sinkende Steuerbelastung der Gewinne und Vermögenseinkommen in Westdeutschland von 21,2% (1980) auf 13,5% (1993). In der gesamtdeutschen Statistik sinkt sie in der kurzen Zeit zwischen 1991 und 1996 von 14,4 % auf 9,7 %.

Der Anteil sämtlicher Steuern auf die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer - jeweils einschließlich Solidaritätszuschlag - sowie Gewerbesteuer und Vermögenssteuer)

Tabelle 5.2

Gesamtwirtschaftliches Brutto- und Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)						
Jahr	Bruttoeinkommen		Nettoeinkommen		Steuern	Durchschn. Steuerbel. (v.H.)
	Mrd. DM	Veränderg. (v.M.)	Mrd. DM	Veränderg. (v.H.)		
- alte Bundesländer -						
1980	287,50	-	226,53	-	60,97	21,2
1981	288,54	+ 0,4	229,16	+ 1,2	59,38	20,6
1982	294,08	+ 1,9	235,50	+ 2,8	58,58	19,9
1983	344,02	+ 17,0	284,96	+ 21,0	59,06	17,2
1984	379,51	+ 10,3	316,89	+ 11,2	62,62	16,5
1985	400,89	+ 5,6	329,65	+ 4,0	71,24	17,8
1986	441,36	+ 10,1	367,80	+ 11,6	73,56	16,7
1987	456,04	+ 3,3	386,74	+ 5,1	69,30	15,2
1988	506,08	+ 11,0	430,22	+ 11,2	75,86	15,0
1989	545,22	+ 7,7	455,31	+ 5,8	89,91	16,5
1990	604,18	+ 10,8	523,26	+ 14,9	80,92	13,4
1991 ²	659,90	+ 9,2	568,65	+ 8,7	91,31	13,8
1992 ²	664,89	+ 0,8	574,17	+ 1,0	90,72	13,6
1993 ²	639,45	3,8	553,39	3,6	86,06	13,5
1994 ²	-	-	-	-	-	-
- alte und neue Bundesländer -						
1991	653,49	+ 8,2 ³	559,10	+ 6,8 ³	94,39	14,4
1992	679,31	+ 4,0	579,78	+ 3,7	99,53	14,7
1993	674,26	0,7	570,58	1,6	103,68	15,4
1994	740,35	+ 9,8	650,18	+ 14,0	90,17	12,2
1995	832,36	+ 12,4	751,60	+ 15,6	80,76	9,7
19961. Hj.	442,03	-	398,99	-	43,04	9,7

- 1 Nach Abzug direkter Steuern und vergleichbarer öffentlicher Abgaben.
- 2 Stand Oktober 1994, ab 1994 vom Statistischen Bundesamt nicht mehr nachgewiesen.
- 3 Wegen der deutschen Vereinigung mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar.
- 4 Direkte Steuern und vergleichbare Abgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Stand September 1996) - Berechnungen des WSI. Zit. nach: Schäfer 1996

ist zwischen 1979 und 1995 von 7 % auf 3,5 % des BSP halbiert worden (*Tabelle 5.3*). Auch wenn man die Quote der 50 % der geleisteten Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sowie die vollen Beiträge zur Unfallversicherung mit der Steuerquote der Unternehmen addiert, ist die gesamte Abgabenquote zwischen 1979 und 1995 von 14 % auf 11,5 % des BSP gesunken. Im gleichen Zeitraum ist die Arbeitslosenquote Westdeutschlands von 3,6 % auf 9,3 % angestiegen (Jahresgutachten 1996/97 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung).

Natürlich soll aus diesem statistischen Zusammentreffen von permanent sinkender Steuerlast der Unternehmen und der sich verstärkenden Arbeitslosigkeit keine umgekehrte Kausalität abgeleitet werden. Was jedoch nicht von der Hand zu weisen ist: eine als ganz zentral hervorgehobene und proklamierte »Angebotsbedingung« für mehr Beschäftigung, nämlich die Senkung der Unternehmensabgaben, wird seit 17 Jahren realisiert, hatte also durchaus die Chance zu wirken. In diesem Zeitraum ist jedoch statt der versprochenen Verbesserung eine fast dreifache Verschlechterung der Beschäftigung eingetreten, ohne daß dies dem zugrundeliegenden Konzept auch nur den geringsten Abbruch getan hat. Jede der bisherigen Steuererleichterungen für Unternehmen und auch die geplante Steuerreform wurde und wird weiterhin der Öffentlichkeit mit dem Etikett »Beschäftigungsförderung« präsentiert. Auch die Opposition bleibt in dieser Logik, wenn sie durch Steuererleichterungen Investitionen und Beschäftigung ankurbeln will, statt für zusätzliche Nachfrage zu sorgen.

Tabelle 5.3

Fakten zur Einkommensverteilung durch Steuerpolitik									
	1979 Mrd.DM	1989 Mrd.DM	1995 Mrd.DM	1979 % BSP	1989 % BSP	1995 % BSP	Zuwachs 1979 – 1995 in %		
Bruttolohn- u. Gehaltssumme	653,7	992,8	1513,8	46,9	44,2	43,9	147,5		
Lohnsteuer	97,1	181,8	303,9	7,0	8,1	8,8	213,0		
Bruttoeinkommen aus Unternehmerein- kommen und Vermögen	289,4	516,2	745,9	20,8	23,0	21,6	157,7		
1. Veranl. Vermögsteuer	37,6	36,8	15,1	2,7	1,6	0,4			
2. Körperschaftssteuer	22,9	34,2	19,5	1,6	1,5	0,6			
3. Kapitalertr.steuer	3,8	12,8		0,3	0,6	0,9			
4. Gewerbesteuer	28,4	36,7	44,9	2,0	1,6	1,3			
5. Vermögenssteuer	4,5	5,8	7,9	0,3	0,3	0,2			
Summe 1 – 5	92,7	126,3	119,3	7,0	5,6	3,5	22,7		
Tatsächliche Beitr. zur Sozialversicherung.									
Arbeitgeberanteil	97,2	162,7	279,6	7,0	7,2	8,1	187,7		
Arbeitnehmeranteil	84,9	141,9	243,6	6,1	6,3	7,1	187,0		
Abgabenquote Unternehm				14,0	12,8	11,5			
Umsatzsteuern	84,2	131,5	234,6	6,0	5,9	6,8	178,6		
Nettolohn- und Gehaltssumme	472,4	671,6	972,3	33,9	29,9	28,2	105,8		
Nettoeinkommen aus Unternehm. u. Ver- mögen	224,6	426,3	653,0	16,1	18,9	18,9	190,7		

Quelle: Ehrenberg 1996

Galbraith (1955) schreibt in seinem Jahrhundertrückblick: »Nichts hält sich in einer Depression oder Rezession hartnäckiger als der Glaube, daß mehr Geld für die Reichen Wunder wirkt bei der Erholung der Wirtschaft« - ein durchaus interessierter Wunderglaube.

Arbeitspotential im Gesundheitswesen

Mit dem Schlagwort vom »schlanken Staat« werden speziell personenbezogene Dienstleistungen in öffentlichen Bereichen abgebaut. Dabei ließen sich gerade in den arbeitsintensiven Bereichen Arbeitsplätze schaffen - ein Wachstum anderer Art. Es versteht sich, daß hinter dem sozial- und gesundheitspolitisch Erforderlichen das Beschäftigungsargument erst an zweiter Stelle rangieren sollte. Beschäftigung sollte sich am Bedarf orientieren. Wo aber ein sozial akzeptierter Bedarf sich nicht in individuelle Nachfrage umsetzen kann, weil es die Verteilungsverhältnisse nicht erlauben, muß der Staat entweder das entsprechende Angebot selbst organisieren oder die Nachfrage ermöglichen. Im Bereich der gesundheitsfördernden, pflegerischen und betreuenden Dienstleistungen auf einem akzeptablen Qualitätsniveau gäbe es genug Bedarf nach Arbeit.

Die Summe der durch Arbeitslosigkeit verursachten öffentlichen Ausgaben und Einnahmeverluste belief sich 1996 in Deutschland auf ca. 160 Mrd. DM. Sie lag damit höher als der gesamte staatliche Finanzierungssaldo in Höhe von 137 Mrd. DM (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1997). Aufgrund dieser enormen Kosten der Arbeitslosigkeit ist die »Selbstfinanzierungsquote« eines zusätzlich geschaffenen Arbeitsplatzes sehr hoch. Die angebliche Rettung des Sozialstaats bewirkt das Gegenteil: Ende März 1997 waren bei den Arbeitsämtern 104600 Arbeitssuchende aus Gesundheitsberufen registriert - 26 % mehr als im Vorjahr. Allein seit Jahresbeginn bzw. seit Inkrafttreten des »Beitragsentlastungsgesetzes« und des »Gesetzes für mehr Wachstum und Beschäftigung« sind im Gesundheitswesen 21300 Stellen weggefallen. Einen ähnlich hohen Anstieg der Arbeitslosigkeit gab es nur beim Schiffbau und im Baugewerbe (*Die Woche* v. 24. 4. 1997).

Tabelle 5.4

Beschäftigungseffekte bei Variation der Gesundheitsausgaben			
Gesundheitsausgaben	Beschäftigungseffekt im Gesundheitssektor	Beschäftigungseffekt in der gewerblichen Wirtschaft (ohne Bergbau)	Saldo
+ 1 Mrd. DM	+ 9212	-3676 (verarb. Gewerbe)	+ 5536
Ein Beitragssatzpunkt (+ 17,3 Mrd. DM)	+ 159368	-63576 (verarb. Gewerbe)	+ 95792

Quelle: Sachverständigenrat der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen 1996

Der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen veröffentlichte 1996 eine sehr defensive, d. h. vorsichtige Berechnung der unterschiedlichen Beschäftigungseffekte im Gesundheitswesen (inklusive der materiellen Vorleistungsgüter) und in der gewerblichen Wirtschaft (inklusive Dienstleistungen; *Tabelle 5.4*). Hiernach würde eine zusätzliche Milliarde im personalintensiven Gesundheitswesen zu 9212 zusätzlichen Arbeitsplätzen führen, während in der gewerblichen Wirtschaft 3676 wegfallen würden - per Saldo eine Mehrbeschäftigung von 5536 Arbeitskräften. Ein zusätzlicher Beitragssatzpunkt würde per Saldo zusätzlich 95773 Personen beschäftigen.

Kein Vorteil durch niedrige Nebenkosten

Die Zeitungsleser werden seit Jahren mit einer Flut von Informationen überhäuft, verwirrt und eingeschüchtert, mit denen bewiesen werden soll, daß »wir« uns die hohen Lohnkosten »nicht mehr leisten können«. Auf Schaubildern werden uns internationale Vergleiche vorgeführt, nach denen die Arbeitszeit die kürzeste, die Stundenlöhne die höchsten und die diversen Abgabenquoten die bedrückendsten sind. Die davon ausgehende Bedrohung des Standorts Deutschland, d. h. der Beschäftigungsmöglichkeiten der Deutschen und ihrer Zukunft in der Arbeitsgesellschaft, läßt vielen den Atem stocken, zumindest ist das beabsichtigt.

Tatsächlich hängt die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens von weit mehr Faktoren ab als von dessen Lohnkosten, die in der Industrie nur gut ein Viertel der Gesamtkosten ausmachen. Zu berücksichtigen wären außerdem die Preise in internationalen Währungen, die Qualität des Produkts, die Zuverlässigkeit der Belieferung und Wartung, die angebotenen Optionen etc. Darum ist es eine interessierte Verkürzung, wenn allein die Lohnkosten thematisiert werden. Was nun deren Indikator Lohnstückkosten angeht, so kann das folgende Fazit des Vergleichs zwischen den Industrieländern nicht korrekter formuliert werden: »Der deutschen Volkswirtschaft ist es... besser als den übrigen Industrieländern (Ausnahme Japan [dessen Index nur leicht über dem deutschen liegt, d. Verf.]) gelungen, Lohnkostenentwicklung und Produktivitätsentwicklung in Übereinstimmung zu halten.« (Hofmann 1996) Es wird also kaum möglich sein, über die Lohnkosten und noch weniger über die sog. Lohnnebenkosten einen Vorteil im internationalen Wettbewerb zu erzielen. Selbst wenn die gesamte gesetzliche Krankenversicherung auf dem Altar des internationalen Wettbewerbsvorteils geopfert würde, bliebe das weitgehend folgenlos.

Unter Experten besteht Konsens, daß die einzige national wie international aussagefähige Meßgröße für die Entwicklung der Arbeitskosten die Lohnstückkosten (LStK) sind, die folgendermaßen errechnet werden: Es werden die Löhne pro Beschäftigten (einschl. der sog. Lohnnebenkosten) in Beziehung gesetzt zur Produktion pro Beschäftigten (Produktivität). Die Produktivität pro Beschäftigten setzt sich zusammen aus der Arbeitszeit pro Beschäftigten und der Produktion pro Arbeitsstunde. Sinkt also die Arbeitszeit, so sinkt auch die Produktivität und entsprechend steigen die LStK. Andererseits steigen die LStK in Konjunkturtiefs, wenn sich durch Überkapazitäten die Fixkosten auf eine geringere Stückzahl verteilen. Weder die sinkende Wochenarbeitszeit noch Stundenlöhne und Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung dürfen also neben den Lohnstückkosten thematisiert werden, denn sie sind - wie die gesamten Ausgaben der GKV - bereits in dieser Größe enthalten.

Die Krankenversicherung belastet die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit 4 % der Arbeitskosten. Die Arbeitsko-

sten wiederum machen nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes 27,1 % der Gesamtkosten des verarbeitenden Gewerbes aus, der GKV-Beitrag schlägt entsprechend mit 1,084% der Kosten zu Buche. Eine 10%ige Erhöhung des GKV-Beitrages (z.B. von 13,0 % auf 14,3 %) würde also eine Kostensteigerung von 0,1 %, d. h. 1/1000, bedeuten. Bei der Exportindustrie dürfte der Wert noch niedriger sein. Man stelle sich jetzt vor, der Preis eines Investitionsgutes würde lohnkostenbedingt von 1000 DM auf 1001 DM erhöht werden müssen (das setzt bereits wirklichkeitsfremde Vorstellungen von Preisbildung voraus), und die Abnehmer würden sich aufgrund dieser einen Mark vom Geschäft zurückziehen. Welcher Ökonom will die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen einer Kosten-erhöhung von einem Promille beurteilen?

Die *Abbildung 5.2* zeigt den Verlauf der LStK-Entwicklung (ein nach Exportanteilen gewichteter Index der Industrieländer), wie ihn das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) errechnet hat. In der jeweiligen nationalen Währung erhöhte sich der Index in Deutschland von 100 (1970) auf 240 (1995), während er in den anderen Industrieländern im Durchschnitt auf 480 angestiegen ist. Daraus ist genau das entstanden, was derzeit so wort- und gestenreich beschworen wird: ein enormer internationaler Wettbewerbsvorteil für die westdeutschen Anbieter. Wozu dieser Vorteil führt, zeigt die *Abbildung 5.7*. Der enorm hohe Außenhandelsüberschuß der westdeutschen Wirtschaft verringerte sich nur in den Vereinigungsjahren (als der Nachfragesog die Importe steigerte) und ist wieder dabei, die früheren Werte anzunehmen.

Was aber sind die Erfolge der deutschen Exportstrategie? Diese Strategie bedeutet Export von Arbeitslosigkeit und nicht - wie es in der Standort-Rhetorik heißt - Export von Arbeitsplätzen. Die in Deutschland bereits bestehende hohe Arbeitslosigkeit wäre noch höher, wenn nicht über die Exportüberschuß-Strategie ein Teil des Problems auf andere Länder abgewälzt würde. Es ist klar, daß diese ein solches Ungleichgewicht verhindern möchten. Der zentrale Mechanismus, der ihnen dabei hilft, sind die Wechselkurse. Die *Abbildung 5,4* zeigt den Index der Lohnstückkosten, diesmal berechnet in *internationaler Währung*. Es stellt sich heraus, daß

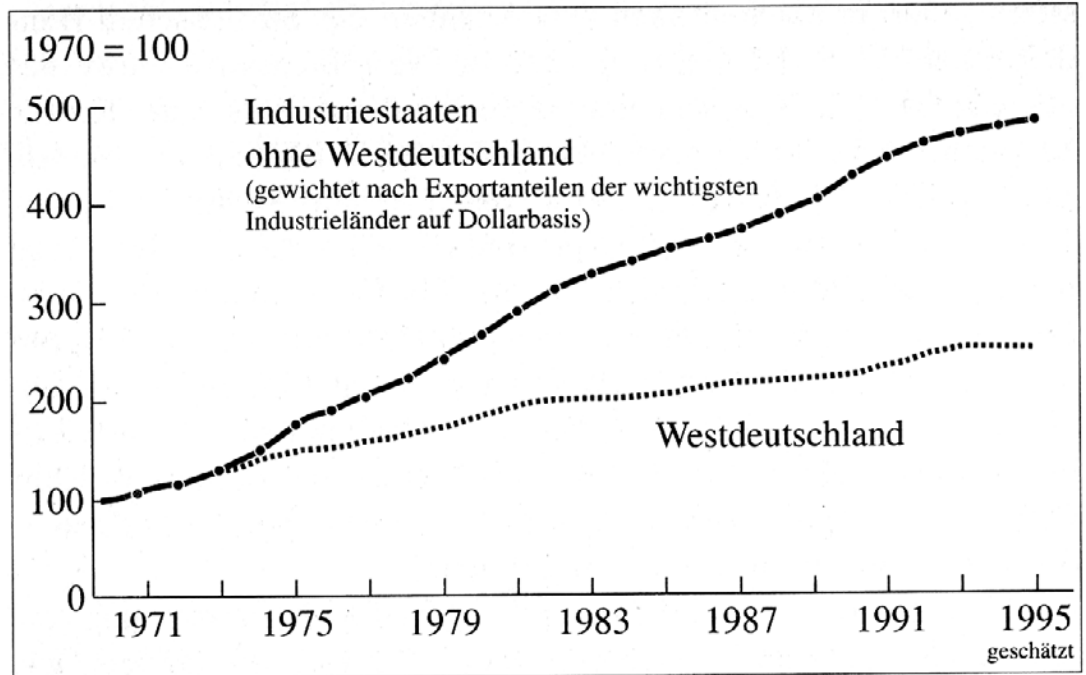


Abbildung 5.2
Lohnstückkosten in Westdeutschland im internationalen Vergleich
(in Landeswährungen), 1970-1995

Quelle: zitiert nach Flassbeck, 1996

nun keinerlei lohnkostenbedingter Wettbewerbsvorteil mehr vorhanden ist (daß jenseits der Lohnkosten solche Vorteile noch bestehen müssen, zeigen die dennoch sehr hohen Handelsbilanzüberschüsse).

Der Außenwert der DM ist gegenüber dem US-Dollar von 132,9 (1982) auf 225,1 (1995) gestiegen (Jahresgutachten 1996/97 des SVR zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung). Folglich ist eine deutsche Ware bei konstanten Kosten und Preisen für Dollar-Zahler allein durch die veränderten Wechselkurse zwischen 1982 und 1995 um 70 % teurer geworden. Lohnkostenvorteile auf dem Weltmarkt, die durch niedrige Tarifabschlüsse und gesenkte Sozialausgaben erzielt wurden, werden also recht umgehend kompensiert durch den Wechselkursmechanismus. Die angebotspolitische Exportstrategie, die ein chronisches Ungleichgewicht in Kauf nimmt (u.a. den Zusammenbruch der europäischen Wäh-

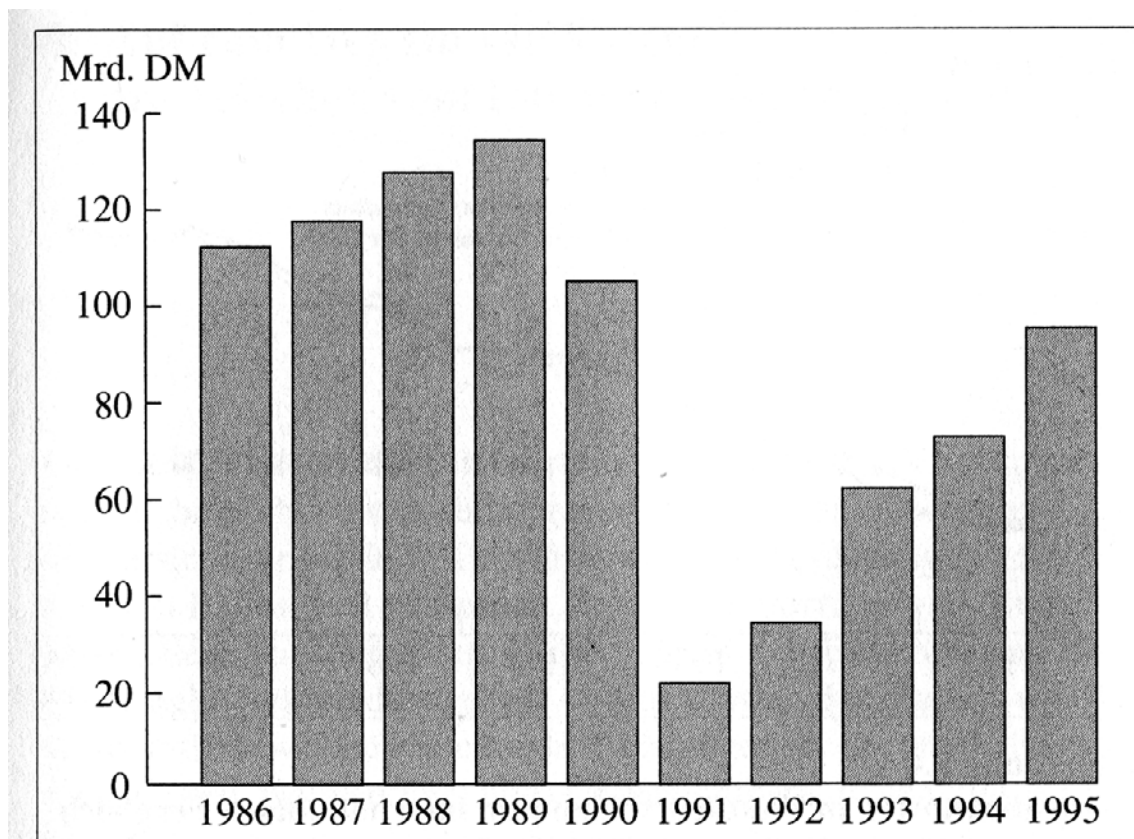


Abbildung 5.3
Saldo im deutschen Außenhandel (alte Länder) in Mrd. DM,
1986-1995.

Quelle: Deutsche Bundesbank, zitiert nach Küchle 1996

rungsschlange), anstatt für Inlandnachfrage zu sorgen, ist unter dem Aspekt Beschäftigung im besten Fall wirkungslos.

Die »Standortlüge« (Ehrenberg 1997) ist ein Produkt der liberalen Wirtschaftslehre. Obwohl sie »spektakulär erfolglos (ist) bei dem Versuch, ihre Thesen und Lehrmeinungen auf unsere Lebenswirklichkeit anzuwenden« (Saul 1995), hält sie sich hartnäckig, und ihre Empfehlungen werden weiterhin in die Praxis umgesetzt. Bleibt die Frage, warum diese Theorie gebraucht wird und welchen Nutzen ihre Verfechter aus ihr ziehen können. Huffschmid erklärt die merkwürdige Langlebigkeit der Standort-Rhetorik mit den »Wachstums- und Expansionszwängen moderner kapitalistischer Ökonomien«. Für die Unternehmen heiße das Ziel immer Eroberungsschlange), anstatt für Inlandnachfrage zu sorgen, ist unter dem Aspekt Beschäftigung im besten Fall wirkungslos.

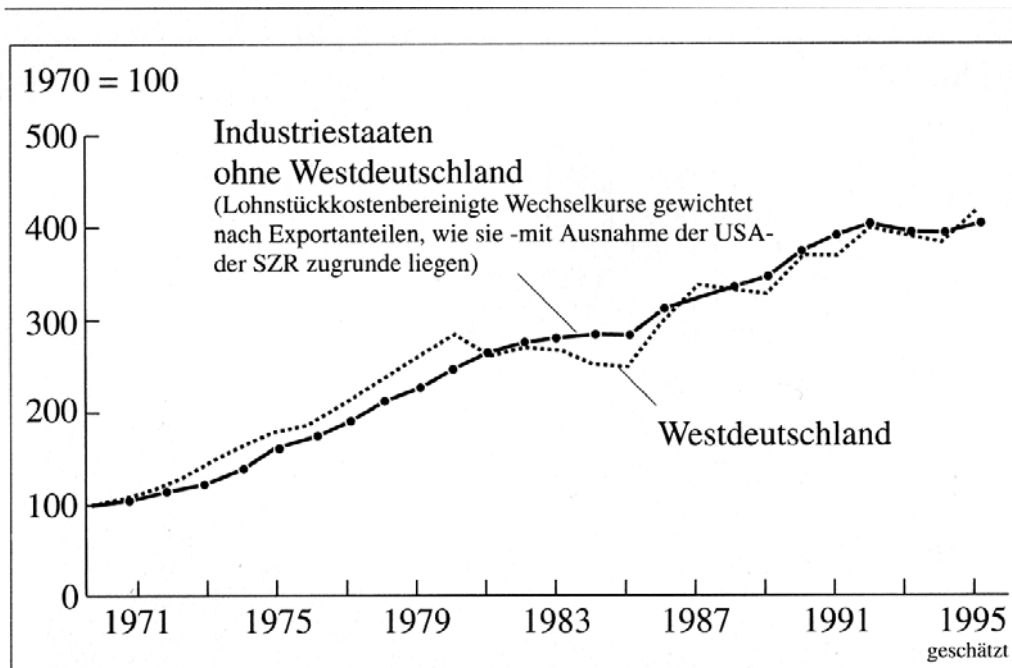


Abbildung 5.4
Lohnstückkosten in Westdeutschland im internationalen Vergleich
(in internationaler Währung), 1970-1995

Quelle: zitiert nach Flassbeck, 1996

rung von Marktanteilen, eine Strategie, die nicht auf internationalen Ausgleich, sondern auf Konfrontation abziele:

»Mit einer solchen Strategie treffen die deutschen Unternehmen aber auf die Konkurrenz und den Widerstand der ebenfalls weltmarktorientierten Marktführer aus den USA, Japan, Frankreich, England und einer Handvoll anderer Länder. Hieraus ergeben sich ständige Bedrohungen und Positionsgefahrdungen. Sie veranlassen die Unternehmen, Ruhe und Bescheidenheit an der Heimatfront zu fordern und immer neue Maßnahmen zur Unterstützung ihres Kampfes um Weltmarktanteile zu verlangen.« (Huffschnid 1994)